

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Zersendungsstelle: Amt Mariavlen, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 7. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Zersendungsstelle: Amt Mariavlen, Nr. 11753-54.

Ententennote gegen Fehrenbach.

Berlin, 7. Dezember. (M.B.) Dem Minister des Auswärtigen sind gestern von dem englischen und französischen Botschafter und von dem belgischen Gesandten drei im Wortlaut übereinstimmende Noten übergeben worden, in denen über die Reden des Reichskanzlers und des Außenministers im besetzten Gebiet Beschwerde erhoben wird. Die Noten werden dem Reichskabinett zur Stellungnahme vorgelegt.

Solange der Wortlaut der betreffenden Beschwerde-Noten nicht bekannt ist, wird es sich empfehlen, mit dem Urteil über die Angelegenheit zurückzuhalten. Ueber die Zweckmäßigkeit der Reden, die sowohl der Reichskanzler Fehrenbach wie der Reichsminister Dr. Simons während ihrer Reise im Westen gehalten haben, kann man auch unter Deutschen verschiedener Ansicht sein: alles, was die beiden Staatsmänner dort gesagt haben — und zwar nicht nur in Köln und Aachen, sondern auch im unbefestigten Düsseldorf — hätte nach unserer Meinung in ganz anderer und dennoch ebenso wirksamer Form zum Ausdruck gebracht werden können, ohne nachteilige Rückwirkungen auf die Stimmung in den Westmächten. Ganz ohne Zweifel ist der Zeitpunkt zu diesen Ausführungen höchst ungeeignet gewählt worden, denn eine gewisse sich sogar in Frankreich sichtbar machende objektive Beurteilung der deutschen Verhältnisse ist hierdurch offensichtlich beeinträchtigt worden, wie man n. o. aus der blödsinnigen Unterbrechung einer sehr bemerkenswerten Kritik der belgischen Außenpolitik des „Temps“, dem „Nouvel Observateur“, entnehmen muß. Daß der Reichskanzler Fehrenbach, dem jede außenpolitische Erfahrung, bei allem guten Willen und aller Opferbereitschaft, zu fehlen scheint, sich der Folgen seiner Ansprachen nicht bewußt war, wundert uns nicht; dagegen hätte man vom Reichsminister Dr. Simons ganz im Gegenteil mehr Vorsicht erwarten müssen, wenn auch mancher seiner Unglücksfälle in den letzten Monaten auch diesem widersprechen ist.

Dieser ausdrückliche Vorbehalt über den Inhalt und die Zweckmäßigkeit der in Frage kommenden Ansprachen gibt aber das Recht, um so schärfer gegen das Vorgehen der Ententeregierungen Stellung zu nehmen.

Ohne den Wortlaut der Beschwerde-Noten zu kennen, müssen wir grundsätzlich entschieden dagegen protestieren, daß deutsche Staatsmänner im besetzten Gebiet sozusagen unter Zensur gestellt werden. Das würde nämlich der Sinn dieses Schrittes sein, besonders wenn die Ansprache eines Berliner Mitteilungsblattes zutrifft, wonach in der Note ausdrücklich darauf hingewiesen wird, „daß in Zukunft von solchen Reden Abstand genommen werden möge“. Das wäre geradezu eine Einmischung in unsere internen Angelegenheiten, die wir auf keinen Fall dulden dürfen. Was auf dem Gebiet des Reichs gesagt und geschrieben wird, ist unsere Sache; etwaige Rückwirkungen mancher Reden auf die Stimmung im besetzten Gebiet sind Sache des deutschen Parlaments. An diesem Standpunkt müssen wir festhalten, gleichviel, ob es sich um besetztes oder um nichtbesetztes Reichsterritorium handelt. Es ist schon Schande genug, daß, wie aus einer nachstehenden Meldung hervorgeht, nicht einmal über das deutsche Hinterland in deutschen Zeitungen frei geschrieben werden darf!

Trier, 7. Dezember. (M.B.) Die „Sozialistische Partei“ ist auf drei Tage verboten worden wegen Veröffentlichung eines Artikels in der „Humanität“ zum deutschen Reichereid.

(Es dürfte sich vermutlich um den Abdruck des ergreifenden Aufsatzes des Romanschriftstellers Paul Reboux handeln: „Das Martyrium des kleinen Boche“, der in der „Humanität“ vor längerer Zeit erschienen ist. Die Red.)

Einmütige Ablehnung.

Berlin, 7. Dezember. (M.B.) Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich heute mit der Antwortsnote auf den englischen Vorschlag über die Abkündigung in Oberschlesien. Die Verhandlungen waren vernehmlicher Natur. Sie ergaben gegenüber dem Vorschlag des englischen Premierministers völlige Einmütigkeit.

Die Griechen wollen ihren Konstantin.

Athen, 7. Dezember. (M.B.) Die Volksabstimmung in Athen ergab 99 Prozent für und nur ein Prozent gegen die Rückkehr des Königs Konstantin. Die Zahl der Stimmenthaltungen (also der Verzichtler, D. Red.) ist ganz unbedeutend. Die Stimmen sind gefolgt und es herrscht eine festliche Stimmung.

Konstantin im Ruhe.

Die Rückkehr Konstantins nach Griechenland steht nahe bevor. Inzwischen gewährt der griechischen Regierung in Luzern Interimverträge den Vertriebenen Pariser und Londoner Flüchtlinge, durch die er das in den Ententeländern gegen ihn herrschende Nichttrauen zu lindern versucht. Dem „Havas“-Korrespondenten sagte er, er könne vor der Entscheidung die Ungenauigkeit und Ungeheuerlichkeit nicht hinnehmen, mit der ein Teil der öffentlichen Meinung ihn ansetze. Er wolle, daß die Kriegereignisse vollkommen aufgeklärt würden. Er würde sich nicht widersetzen, wenn die britische Regierung die Einsetzung eines unparteiischen, vom Völkerbund ernannten Untersuchungsausschusses und eine öffentliche Untersuchung veranstaltet. Man habe ihn angeklagt, den griechisch-serbischen Allianzvertrag verletzt zu haben. Als dieser Vertrag abgeschlossen wurde, habe niemand voraussehen können, daß er im Falle eines Weltkrieges angewendet werden sollte. Die Serben hätten 150.000 Mann, wie der Vertrag vorsehe, an die bulgarische Grenze gestellt. Durch die Neutralität Griechenlands hätten die Alliierten Zeit gehabt, ihre Heere in Salonik aufzustellen. Hiermit habe er der Entente angeboten, an ihrer Seite in den Krieg einzutreten. Die Entente aber habe die Noten seiner Regierung unbeantwortet gelassen.

Sollte diese Angabe auf Wahrheit beruhen, so mag man an diesem neuen Beispiel ersehen, was auf die Vertrauens- und Freundschaftsbände der Hochgestellten zu gehen war.

Einem Vertreter des „Ratin“ erklärte er, Griechenland werde sein Ziel in Kleinasien fortsetzen und nicht aufgeben, was der Vertrag von Sèvres ihm zuspricht.

Ausbreitungen in Wien.

Wien, 7. Dezember. (M.B.) Ausländische Metallarbeiter, die heute abend auf dem Schwarzenberg-Platz eine Versammlung abhielten, zerstückelten durch Steinwürfe die Fensterscheiben mehrerer Cafés. Ein Steinwurf traf, wie das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, das gerade vorbeifahrende Automobil des französischen Generals Gallier, der mit seiner Gemahlin von der französischen Gesandtschaft kam, und verletzte Frau Gallier. Der General fuhr mit seiner Gemahlin schnell zur Gesandtschaft zurück, wo Frau Gallier ärztliche Hilfe erhielt.

Leutnantlicher Meldung hat die Regierung, sobald sie von dem Vorfall erfuhr, die Bedauern ausgedrückt.

Nach einer T.N.-Meldung aus Wien hat General Gallier bezeugt, er habe keinen Anlaß, an diesem Zwischenfall irgendeine Konsequenz zu ziehen.

Der Sozial-Kommunistenkongress.

Wien, 7. Dezember. (M.B.) Die Internationale sozialistische Vorkonferenz hörte heute zunächst die Berichte über die Lage des Sozialismus in den einzelnen Ländern an und trat dann in die Debatte über die Schaffung einer Internationalen der revolutionären sozialistischen Parteien an. Hieraus wurde eine Kommission eingesetzt, die den Entwurf einer Kundgebung an das sozialistische Proletariat aller Länder ausarbeiten und wegen der Konferenz vorlegen soll. Schließlich wurde auf Antrag Rosenfelds eine Entschließung gefaßt, in der gegen das Vortragsprogramm der „Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns“ scharfster Protest erhoben und an die revolutionären Sozialisten der ganzen Welt appelliert wird, ihre Solidarität mit dem ungarischen Proletariat zu beweisen.

Sozialistische Regierung in Sachsen.

Dresden, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei den Beratungen über die Regierungsabstimmung in Sachsen ist den Unabhängigen das Ministerium des Innern eingeräumt worden, das von Rippstein übernommen wird. Fleißner (M.S.P.) übernimmt das Kultusministerium, Juchacz (M.S.P.) das Arbeitsministerium. Feld (S.P.D.), der bisher Arbeitsminister war, erhält das Finanzministerium. Die übrigen Portefeuilles bleiben in den bisherigen Händen. Ob Genosse Sud Ministerpräsident bleibt, ist noch unbestimmt.

Die Not der Beamten.

Die S.P.D.-Fraktion des Reichstags hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, bei der bevorstehenden Debatte über die Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten einen Änderungsantrag zu stellen, der auch eine Erhöhung der Zuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag bis zur Grenze von 8700 Mark Grundgehalt vorseht. Wie wir weiter hören, sind die Regierungsparteien durch die feste Haltung der Opposition, die sich unter keinen Umständen mit dem Beschluß des Haushaltsausschusses zufriedengeben will, schwächer geworden. Auch sie wollen jetzt eine mögliche Erhöhung des Zuschlags zum Grundgehalt und Ortszuschlag vornehmen. Allerdings sollen die unverheirateten Beamten vollständig leer ausgehen.

Schweine-Wirtschaft.

Von Ernst Bittsch (Deutsch-Krone).

Im Anschluß an die Landwirtschafts- und Ernährungsidee, die gestern im Reichstage stattfand, geben wir im Nachstehenden den Ausführungen eines Fachmannes Raum, die den Weg zu einer rationelleren Erzeugung der Ernährungstoffe weisen wollen.

Wir werden jetzt einen Jahresumsatz von ungefähr 14 Millionen Schweinen haben. Davon lebt ein Teil der Bevölkerung — die selbstschlachenden Produzenten — gut, ein anderer Teil — die wohlhabenden Leute — teuer und gut, der Rest — schätzungsweise die größere Hälfte der Bevölkerung — bekommt nur hin und wieder einen Happen; im übrigen steht sie zu, bezahlt aber gehörig mit und erhält der Schweine der anderen wegen auch Brot und Kartoffeln nicht in genügender Menge. Die 14 Millionen Schweine ergeben etwa 30 Millionen Zentner Schweinefleisch lebend. Sie zu erzeugen kostet mindestens 90 Millionen Zentner Getreide und 300 Millionen Zentner Kartoffeln. Das bedeutet, daß wir ohne Schweine die Durchschnittsrationen der Bevölkerung aus Getreide und Kartoffeln verdoppeln könnten. Um wieviel mehr teurer ist das eingeführte Getreide als das heimische 75-Mark-Schweinefleisch aus Getreide? Für wieviel Milliarden führen wir Brotgetreide zur kümmerlichen Ernährung der Menschenmassen ein? Wie hoch beeinflusst der Bedarf für die Schweine den Preis der den Menschen notwendigen Kartoffeln? — Die Armen zahlen für das Schweinefleisch der selbstschlachenden und der Reichen enorme Summen; direkt und indirekt. Es muß der minderbemittelten Bevölkerung sehr wenig, daß der Staat die Hauptkosten für das Einfuhrgetreide übernimmt; sie leidet doch am meisten unter der Schuldenlast des Landes; sie steht am meisten unter dem Druck der Sorge um die Lebenshaltung und ihre Befreiung.

Trotzdem, wir können ohne Schweinefleisch nicht auskommen; mindestens müssen wir es den Produzenten selbst gönnen; sonst bekämen wir in kurzem überhaupt kein bezahlbares Fleisch mehr, auch nicht aus der Rindvieh- und Schafzucht, und der letzte Rest von Butter und Milch verschwände. Darauf können wir, wie die Dinge sich entwickeln, und wenn wir sie weiter wie bisher sich entwickeln lassen, uns allerdings mit zweifelhafter Sicherheit verlassen: in Zukunft haben nur noch der selbstschlachende Produzent und der ganz Reiche Schweinefleisch. Denn unsere Ernten sind und bleiben für lange Zeit zu knapp, als daß die Schleichhandelspreise für Getreide die Spekulation auf den Nutzen aus Schweinehaltung zum Verkauf nicht ausschalten sollte; ganz abgesehen davon, daß das Schweinefleisch von der ärmeren Bevölkerung in Zukunft nicht mehr bezahlt werden kann. Man mäht nicht Schweine zum Verkauf, wenn Getreide und Kartoffeln teuer sind. Es wäre ein großer Verarm, wenn man daraus, daß jetzt eine größere Anzahl Schweine, die zur Hälfte noch vorjähriges billigeres Futter erhalten hatten, zum Verkauf gelangt sind, auf halbwegs ausreichende weitere Verkaufschancen schließen wollte. Das Schwein ist dem Landwirt eben nicht betriebsnotwendig; er hat seine Haltung über den eigenen Bedarf nicht nötig. Schlimm für die Allgemeinheit aber ist, daß die Zahl der Schweine, die die Produzenten selbst schlachten, eine so große ist, daß schon dementsprechend die Einfuhr von großen Mengen teuren Brotgetreides notwendig ist.

Aber wir müssen doch, sollen wir wieder hochkommen, auch für die ärmere Bevölkerung Schweinefleisch haben; wir wissen, daß wir mit dem, was die Rindvieh- und Schafbestände hergeben, nicht auskommen. Wir wissen: wenn wir ordentlich zu essen hätten, und uns nicht dauernd die Sorgen um den Lebensunterhalt quälten, so könnten wir mehr arbeiten und in der Arbeit mehr leisten; wenn wir mehr arbeiteten, so produzierten wir mehr; wenn wir mehr produzierten, so könnten wir mehr Rohstoffe und Lebensmittel kaufen; und wenn wir das könnten, so bekämen wir ordentlich zu essen. Es kommt darauf an, sagen zu können: wir haben zu essen, deshalb... ufm!

Wir können uns aber so einrichten, daß wir genug zu essen haben, mindestens viel mehr und viel billiger als unter der heutigen Handhabung eines Teiles der Ernährungswirtschaft. Wir können den größten Teil der obengenannten Mengen an Getreide und Kartoffeln der Bevölkerung zur Verfügung stellen, anstatt ihn den Schweinen zu geben und trotzdem für die ganze Bevölkerung das Notwendige an Fleisch erzeugen. Das Mittel dazu ist: Umstellung der Schweinewirtschaft auf Schlochtung in ungemästetem Zustande unter Vermehrung der Schweine auf die den notwendigen Fleischbedarf deckende Anzahl. Es besteht die Tatsache, daß das Fleisch der Schweine vor der Mastperiode unvergleichlich viel billiger zu erzeugen ist, als in dieser; und vor allem ist es im wesentlichen zu produzieren unter Ausschaltung der Konkurrenz der Schweine mit den Menschen im Bereich von Getreide und Kartoffeln. Das Jungschwein hat die größere Wachstumsenergie; das Jun-

schwein braucht das Erhaltungsfutter für das Mehrgewicht des Mastfettes nicht; das Jungschwein verwertet Weidenwachs, Grünfütter, Rüben, Nahrungsfälle, während das Mastschwein Getreide und Kartoffeln braucht. Was an Futterstoffen für das Weib an Jungschweinen als Ersatz für den Ausfall an Fleisch aus der Mastung notwendig ist, verfährt in keinem volkswirtschaftlichen Wert gegenüber dem, was zur Mastung erforderlich ist.

Man versichere dem Kleinen, dem Landarbeiter, dem Kleinbauern, jedem Vorortbewohner, der einen Schweinestall hat, das Muttertier ganz billig und zahle anständige Prämien auf gesunde Ahtwochen-Ferkel, die vom Schlachten nachher wieder eingezogen werden können, und man wird schnell den notwendigen Nachwuchs an Jungschweinen haben. Sodann: kein Schlachtschwein wird über 1 1/2 Zentner schwer; auch keine beim Tierhalter selbst. Was schwerer ist, muß beschlagnahmt werden, auch wenn es sich um überhaupt und weiterhin zur Frucht nicht geeignete Sauen handelt; andernfalls gäbe es deren in Massen. Also Anregung zur Produktion mit fräftigen Mitteln und rüchichtsloses Abschachten im Gewicht von 1 1/2 Zentnern.

Die Landwirtschaft, der die Durchführung des vorgelegenen Vorschlages zunächst nicht gefallen mag, würde sich doch damit abfinden; denn in einem schwer verschuldeten Deutschland mit unzureichender landwirtschaftlicher Produktion muß das Allgemeinwohl bestimmen, was von Erzeugnissen, die zu menschlicher Nahrung geeignet sind, die Tiere verzehren dürfen. Diese Bestimmung wurde bisher im Wege der Zwangswirtschaft in einer die Landwirtschaft stützenden und doch nicht zum Ziele führenden Art versucht. Man konnte und kann nicht verhindern, daß die vorhandenen Tiere als Futter von dem erhalten, was für die Menschen nötig ist. Man wird aber, wenn man nur will, das viel Einfachere durchführen können, nämlich, daß Tiere, die fressen würden, was sie nicht fressen sollen, nicht vorhanden sind; und man wird trotzdem die Landwirtschaft viel weniger fördern als mit der früheren und der bisherigen Zwangswirtschaft.

Man wird Einwendungen machen:

1. Jungschweine geben weniger Fett — Genügend und genügend billige Jungschweine, von denen an alle zur Verteilung gelangt, auch an die Minderbemittelten, geben diesen mehr Fett als nicht zum Verkauf kommende oder nicht zu bezahlende Mastschweine; für die Tierhalter selbst braucht man sich wohl keine Sorgen zu machen.

2. Mehr Ferkel brauchen mehr Milch! Die mehr zu produzierenden Ferkel sollen kommen und würden kommen aus den kleinsten Betrieben, aus denen bei Haltung von einer oder zwei Kühen oder von Ziegen Milch doch nicht zur Ablieferung gelangt, in denen aber für gewinnbringende Ferkelzucht die erwünschte Milch erübrigt werden würde.

3. Weideweg und Grünfütter gibt es nur im Sommer! Es wird eine Verstärkung der Säuehaltung in den Sommermonaten gegenüber dem Winter Blat greifen, worauf wir uns aber sehr wohl einrichten können.

4. Mäht man nicht Schweine, so mäht man Rindvieh und Schafe. Das ist keineswegs zu befürchten; der Preis billiger produzierter Schweinefleisch drückt auf den für anderes Fleisch, so daß die Mast mit teurem Getreide und teuren Kartoffeln jedenfalls unlohrend werden würde.

Über was auch an Einwendungen kommen mag: Ruh gegeben werden, daß durch Befolgung des vorstehenden Vorschlages unsere Ernährung in hohem Maße verbessert und verbilligt und damit der Not des Volkes erheblich abgeholfen werden kann, so muß ihm, wenn wir uns überhaupt noch zu einem Entschluß aufraffen können, Folge gegeben werden.

Neues aus Industrie und Technik.

Von Ernst Trebesius.

Das elektrische Auge. — Luftschiffe für 500 Personen. — Der motorlose Segelflug. — Leuchtgas aus Braunkohle.

Wenn auch die Götter der gewerbmäßigen Erfindung und Erfindung keine Erfindung unserer Zeit ist, und Schloß und Riegel zur Sicherung des Eigentums schon den Alten wohlbekannte Geheimnisse waren, so dürfte es nur wenige Perioden in der Geschichte der Menschheit geben, wo die moralische Säule einen solchen Umfang annahm, wie es jetzt der Fall ist. Dem immer mehr um sich greifenden Verbrechen sind die vorhandenen Sicherheitsorgane nicht gewachsen, und so muß der einzelne sehen, wie er sich vor diesen Anschlägen am besten selbst schützt. Er hat zu diesem Zweck nur nötig, die von der einschlägigen Industrie auf den Markt gedachten Einrichtungen anzuwenden. An erster Stelle dieser Sicherheitsbeinrichtungen steht ein Apparat, den man seiner eigenartigen Konstruktion wegen die Bezeichnung „Elektrisches Auge“ gegeben hat. Seine Wirkungsweise beruht im wesentlichen auf der merkwürdigen Eigenschaft des Elements Selen, das unter dem Einfluß des Lichtes seinen Widerstand gegen einen elektrischen Strom bedeutend verringert. In äußerst scharfsinniger Weise hat man diese Eigenschaft schon zu mancherlei Funktionen verwendet, und hofft nunmehr auch der Götter das Handwerk damit sehr zu erleichtern oder völlig unmöglich zu machen. Die meisten Einbrüche werden bekanntlich zur Nachtzeit unternommen. Die Einbrecher müssen daher schon ein wenig Beleuchtung haben, um überhaupt arbeiten zu können. Sobald aber nur der geringste Lichtstrahl die empfindliche Selenzelle trifft, verringert sich ihr elektrischer Widerstand, es wird ein neuer Stromkreis geschlossen, der entweder einen Wecker in Tätigkeit setzt oder gar telephonische Alarmsignale nach dem Amt oder der Polizeiwache gibt. Der Stromkreis des Apparates ist soartig geschaltet, daß auch beim Zerschneiden einer oder aller Leitungen, die zum Amt führen, das Alarmzeichen ertönt. Da der Apparat auch jedes entweichende Feuer sofort anzeigt, wirkt er auch zugleich als selbsttätiger Feuerwecker.

Wohl konnten und unsere chemischen Gegner auf Grund des Diffänschieds die Auslieferung sämtlicher vorhandenen Zepeline zur Pflicht machen, den Unternehmungsgeist unserer Industrie in dessen mühten sie uns schon lassen, so sehr man ihn auch durch allerlei Klauen und Auslegungen des Friedensvertrages zu knebeln versuchte. Wie eine französische Fachzeitschrift meldet, hat sich die Zepelin-Gesellschaft mit den Vereinigten Staaten, Dänemark und Schweden in Verbindung gesetzt, um im Bunde mit diesen Staaten Luftschiffe zu bauen. Und zwar soll es sich dabei um Großluftschiffe von bisher noch nicht erbauteu Abmessungen handeln. Soll

Vorweggenommene Gesetze.

Ein Trieb des Reichswehrministeriums.

Von der Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums erhalten wir folgende Mitteilung:

Da die Geschäftsblätter der gesetzgebenden Körperschaften es vorausichtlich nicht zuläßt, daß die für das Reichsheer wichtigsten Gesetze, vor allem Wehrgesetz und Wehrmachtsverordnungsgezet, noch in diesem Jahre verabschiedet werden, ist mit Genehmigung der Regierung ein Merkblatt zusammengestellt worden, welches einen Auszug aus den vorgelegten Gesetzen und Ausführungsbestimmungen gibt.

Wir haben das Merkblatt durchgesehen und daraus mit Befremden festgestellt, daß hier offenbar der Versuch gemacht wird, erst geplante und noch sehr heiß umstrittene Gesetzesbestimmungen vor ihrer Annahme durch das Parlament in Wirklichkeit zu setzen. Schon aus allgemeinem prinzipiellen Gründen muß einem solchen Unterfangen mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, aber in diesem Falle auch noch aus sehr bestimmten praktischen Gründen. Hier sind offenbar die bekannten „Mäder“ im Reichswehrministerium am Werke gewesen, die mit einem schlauen Trick in wichtigen Fragen den Reichstag umgehen und ausfallen wollten. Bestimmungen des Reichswehrverordnungsgezetes, die der Reichstag wahrscheinlich nicht annehmen wird, sollen der „Merkblatt“ eingeführt werden. So heißt es im Merkblatt:

16. Den Soldaten ist die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten.

17. Die Zugehörigkeit zu nichtpolitischen Vereinen und die Vereinigung von Soldaten untereinander wird durch das Wehrgesetz geregelt werden.

In Wirklichkeit wird das gesamte Vereinigungsrecht der Soldaten durch das Wehrgesetz geregelt werden, sowohl das Recht der politischen wie der nichtpolitischen Vereinigung. Das Merkblatt tut aber so, als sei die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen von vornherein verboten und als hinge nur noch das nichtpolitische Vereinigungsrecht von dem Wehrgesetz ab. Natürlich wird im Dienstbetrieb der Reichsheer das gedruckte Merkblatt als allgemein gültiger Wegweiser betrachtet werden, und so ist das Ziel der Mäder im Reichswehrministerium erreicht; noch ehe der Reichstag über das Reichswehrgesetz beschlossen hat, hat es die Reichsheer bereits bei sich in der vom Reichswehrministerium gewünschten Form eingeführt.

Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft.

Wir haben bereits kurz erwähnt, daß der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands der Reichsregierung empfohlen hat, die Beschlüsse des „Internationalen Verbandes der Arbeit im Völkerbunde“ (Washington Oktober 1919) zu ratifizieren. Allerdings unter der Voraussetzung, daß auch andere Staaten die Ratifikation vollziehen.

Der Reichsfinanzrat wird sich ebenfalls mit diesen Fragen zu beschäftigen haben und man darf hoffen, daß auch er der Regierung einen ähnlichen Rat erteilen wird. Die Reichsregierung darf an dem Gutachten der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht achtlos vorbeigehen, trotzdem sich in der Bureaucratie einzelner Ministerien der übliche Widerstand auch gegen sie bemerkbar macht. Wenn aber die Regierung auf Grund des Friedensvertrages die Washingtoner Beschlüsse in Kraft setzte, so wäre damit zunächst eine zehnjährige Bindung der sozialpolitischen Formulierung für Deutschland gesichert. Das gilt insbesondere für den Achtundentag, gegen den heute schon wieder ganz offen Sturm gelaufen wird.

Über die weiteren Beschlüsse der Zentralarbeitsgemeinschaft aus ihrer letzten Sitzung erhalten wir folgende Mitteilungen:

Aus einem Vortrag des Herrn Präsidenten Schrup über die Errichtung und Organisation des Reichsamts für Arbeitsvermittlung verdient hervorgehoben zu werden, daß er anerkennt, bei der Durchführung des Gesetzes über den Arbeitsnachweis müsse in hohem Maße die verantwortliche Mitarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden, wenn das Ziel des Gesetzes erreicht werden soll. Diese Mitarbeit der Interessenten läßt für alle Organe des Arbeitsnachweises in Frage, insbesondere auch für den Verwaltungsrat beim Reichsamte, der bei grundlegenden Entschlüssen über die Bestimmung des Arbeitsnachweises maßgebend mitzubestimmen habe. Das zweite große Arbeitsgebiet des Reichsamts bildet die Erwerbslosenfürsorge. Der Verwaltungsrat bildet gewisse Räte, die sich herausgebildet haben und zu deren Weibung eine tätige Mitarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unbedingte Voraussetzung sei. Bedenke streifte die Notwendigkeit der Überführung der jetzigen Erwerbslosenfürsorge in eine gesetzlich begründete Erwerbslosenversicherung, die sich jedoch nach Ansicht des Vortragenden nicht in den harten verdingungsrechtlichen Grenzen halten könne. Aus der Verklammerung heraus würde der Wunsch geäußert, daß die Erwerbslosenfürsorge nicht erst in dieser oder jener Form geändert, sondern sobald es sich eine Erwerbslosenversicherung erfüllt werden möge.

Da dieser Verhandlungsgang insofern innerhalb dieser Tagung nicht erledigt werden konnte, soll in einer besonderen Sitzung hierüber Bescheid gelöst werden.

Neuer erklärte sich der Zentralvorstand mit einer Wiederholung der Lohnstatistik, beginnend mit dem Monat Februar 1921, einverstanden.

Unter Anwesenheit von Vertretern des Reichsfinanzministeriums wurden die von der Zentralarbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften, Gas- und Wasserwerke Deutschlands aufgestellten Richtlinien für die Errichtung von Maschinen- und Heizerschulen besprochen und nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Es steht zu hoffen, daß infolge dieser Maßnahme, durch die sorgfältige Ausbildung des Maschinen- und Heizpersonal, sich eine bedeutende Ersparnis im Verbrauch von Kohle erzielen lassen wird.

Die soziale Ausfuhrabgabe ist seinerzeit, wie bekannt ist, auf Anregung der Zentralarbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen worden. Die Zentralarbeitsgemeinschaft verlangt, daß die aus der Ausfuhrabgabe sich ergebenden Beiträge auch den ursprünglich gedachten Zwecken möglichst ganz zugeführt werden. Nach einer der Zentralarbeitsgemeinschaft vom Reichsfinanzministerium zugegangenen Auskunft sollen jedoch die Beiträge aus der Ausfuhrabgabe nur zum kleineren Teil für soziale Zwecke verwendet werden. Das Reichsfinanzministerium ist dem bisherigen Verlangen der Zentralarbeitsgemeinschaft, in erneute Verhandlungen über die Verwendung der sozialen Ausfuhrabgabe unter Einwirkung der Zentralarbeitsgemeinschaft einzutreten, aus dem Wege gegangen, trotz der Aussage, die der Reichsfinanzminister in einer Sitzung im Beisein des Reichspräsidenten gemacht hat. Dieser hat die Zentralarbeitsgemeinschaft beim Reichsfinanzministerium im Gegensatz zu den übrigen Reichsbehörden, wenig Entgegenkommen gesunden, wie sich auch das Reichsfinanzministerium ablehnend zu dem Wunsch der Zentralarbeitsgemeinschaft verhalten hat, bei der Neueinteilung der Zollsätze hinzugezogen zu werden.

Raumers Schußblock.

Im Handausdruck des Reichstages wurde Dienstag bei Weiterberatung des Etats des Reichsfinanzministeriums die Debatte über die Deutschen Werke fortgesetzt. Abg. Meißner (Dcm.): Der Vertrag, den die Direktion der Deutschen Werke mit Herrn Kahn abgeschlossen hat, ist etwas Ungewöhnliches, aber die Gehälter sind auch ungewöhnlich gewesen. Die Direktion hat jedenfalls in gutem Glauben gehandelt. Der Vertrag hätte dem Aufsichtsrat vorgelegt werden müssen. Die Gründe, welche die Direktion vorgebracht hat, um zu erklären, warum sie den Vertrag dem Aufsichtsrat nicht vorgelegt hat, er-

doch die Tragfähigkeit des neuen Typs rund 60 Tonnen betragen, womit gegen 500 Passagiere die Reise über den Ozean antreten könnten. Biegt eine derartige Größe auch nicht außer dem Bereich der technischen Möglichkeit, so bleibt eine Bestätigung dieser interessanten Meldung gleichwohl abzuwarten.

So glänzend auch die Entwicklung des Flugzeuges innerlich des letzten Jahrzehnts war, und so vollkommen abgeschlossen auch seine Entwicklung erscheint, so wenig kann daran gesehelt werden, daß das letzte Wort auf dem Gebiete des Flugwesens noch nicht gesprochen wurde. Gewiß können wir uns heute noch nicht recht vorstellen, wie ein Flugzeug ohne Propeller durch die Luft geirren werden soll, und dennoch ist es sehr wahrscheinlich, daß „reiner“ eines Tages tatsächlich verschwinden wird, um einer neuen Art des Antriebes, bei der die Natur mehr berücksichtigt ist, nachzugeben. Platz zu machen. Nach den Vorschlägen des Wiener Flugforschers Vlach zu machen. Nach den Vorschlägen des Wiener Flugforschers genommen hat, wurden bereits Versuche angestellt, die tatsächlich zu der Hoffnung berechtigten, daß das Flugwesen, welches durch den Krieg gewaltig auf das jetzige hohe Niveau gebracht wurde, in neue Bahnen der Weiterentwicklung geleitet zu werden vermag, am besten Endpunkt das Kleinflugzeug als das eigentliche Volkflugzeug winkt.

Da die in den Gasen haltigen zur Verflüchtigung stehende Steinkohlenmenge infolge der verringerten Förderung unserer Kohlen und der monatlichen Abgabe von 2 Millionen Tonnen Steinkohle an die Entente sehr beschränkt ist, wurden verschiedentlich Versuche mit Braunkohle angestellt, da man hoffte, diesen Brennstoff, dessen Vorkommen nicht verringert wurde und dessen Förderung schneller gesteigert werden kann als die der Steinkohle, an Stelle der Steinkohle verwenden zu können. Leider hat sich dabei herausgestellt, daß reine Braunkohle nicht ohne weiteres zur Leuchtgasherstellung verwendet werden kann. Der Braunkohlenkoks baut nicht wie der Steinkohlenkoks zusammen, sondern er verflüchtigt die Metalle als mehr oder weniger feine Staub, der beim Entleeren der Retorten festig aufwirbelt und mit harter Flamme fast explosionsartig verbrennt. Aus diesem Grunde wird man wohl auf die Erzeugung reiner Braunkohlengases verzichten und sich mit der Streckung der vorhandenen Steinkohlenvorräte bescheiden müssen. Bei der Mischung von 3 Teilen Steinkohle und 1 Teil Braunkohle ergab sich ein wenig flauender Koks, doch hing er nach dem Lösen leicht wieder zu glimmen an, wenn er nicht vorher erkühlt wurde, wodurch natürlich sein Heizwert sinkt. Nur bei sehr niedrigen Braunkohlenpreisen, wenn man auf die Gewinnung von Koks verzichten kann, empfiehlt sich die Verflüchtigung reiner Braunkohle, sonst aber muß man sich damit begnügen, sie als Streckungsmittel zu verwenden.

Junges Blut in der Weltpolitik! Das Aufstehen Argentiniens auf der Genfer Völkerbundversammlung zugunsten einer demokratisch-gerechten Gestaltung des Völkerbundes lenkte die Aufmerksamkeit auf den südamerikanischen Staat, in dem zahlreiche unserer

Volksgenossen eine neue Heimat gefunden haben. In früheren Zeiten galten die südamerikanischen Staaten politisch als „quantité négligeable“; man rangierte sie wohl auch ein wenig in die gleiche Reihe, wie die mittelamerikanischen Republiken. In Paris hatte man für alle Fremdlinge aus jenen Gebieten sogar einen eigenen Ausdruck geprägt: *Asiatiques*, abgeleitet in Japan. Solch ein Südamerikaner mühte sich reich, verdienstvoll und liebedürftig sein, so recht genügt, sich nach Offenbachischem Rezept „in den Strudel rein zu stürzen“. Daß auch manche Talmtgröße unter diesen Rastas sich befand, wohl verschwendend, aber fremdes Geld lieber als das eigene dazu verwendend, hat dann dem Epitheton *Macha* eine ominöse Note verliehen. Und nun zeigen sich mit einem mal die Ehre eines südamerikanischen Landes aufgefächert und — vermindert als die Monopolpäpste politischer Weisheit! Auf Argentiniens riesigen Flächen wohnt noch der Wind der Freiheit, wenn auch sonst das Kapital dort wie überall seine Orgien feiert. Bedenklich ist auch, daß das argentinische Wappen zwei verflüchtigte Hände zeigt, die einen mit der roten Freiheitshähne gekrönten Stab halten — schon dieses Jakobinerzeichen mußte auf die alten Monarchien abstoßend wirken.

Die republikanische Geschichte Argentiniens beginnt mit dem Jahre 1810; in jener Periode napoleonischer Welterschütterung lagen sich bekanntlich alle spanischen und portugiesischen Kolonien in Südamerika von ihren Mutterländern los. Und wie allen übrigen durch Empörung erkundeten Staaten, ist auch Argentinien manche kritische Stunde beschieden gewesen, aber als endlich die Verhältnisse politisch sich konsolidiert hatten, war die Regierung mit Erfolg bemüht, in den früheren Angelegenheiten lieber das Recht als das Schwert einzusetzen zu lassen. So hat gerade Argentinien schon frühzeitig damit begonnen, Konflikte mit den Nachbarstaaten vor ein Schiedsgericht zu bringen.

So hat mit Argentinien und den ihm sich anschließenden anderen südamerikanischen Staaten die Weltpolitik neues Blut zugeführt erhalten; während unser altgewohnter Begriff vom Abendland dem Untergang geweiht erscheint, taucht am Horizont ein mit europäischem Geist genährtes politisches Gebilde auf, das der todben Welt ein „Puls“ — so nicht weiter! — zumut. Unser Herz erwidert sich gern an den Strahlen dieser aus dem Westen kommenden Sonne, auch wenn das Ganze fürs erste eine falsche Morgensonne sein sollte.

Die Schule Neumann, das bekannte Privatinstitut für Künstlerischen und kunstgewerblichen Unterricht, hat im Neuen Schöneberger Rathaus eine Ausstellung von Schülerarbeiten veranstaltet. Ich will davon berichten, unter den Arbeiten noch zu kunstgewerblichen „Kleinigkeiten“ zu finden oder die Bestimmung der einzelnen Werkstoffe nach ihrer Stoff- oder Verflüchtigung zu kritisieren. Die Indigenen für beide Arten von Urteilen sind zu wenig schädlich. Den genialsten Lehrer kann gelegentlich das Fach treffen, talentlose Höflinge zu haben, und ein minderbeschäftigter Unterrichtsleiter kann mit hochbegabten Schülern eine bestehende Ausstellung zusammenbringen. Es mag also Zufall sein, daß die Arbeiten der höheren Fachschule für Dekorationskunst von Wittmann, der Werkstatt für Metallarbeiten von Deubler, der Akt- und Kompositionsklassen von Tappert, der Schrift-

Wochen nicht durchschlagend. Der wirtschaftliche Ausfall der Deutschen Werke hat, nachdem er von dem Vertrage Kenntnis erhalten hat, versucht, den Vertrag zu verbessern. Die Regierung muß Vorkehrungen treffen, daß sich derartige Dinge nicht wiederholen.

Abg. Schulz-Promberg (Dina. Sp.): Es ist verständlich, einen Vertrag wie den sogenannten Rohvertrag zu schließen. Daß sich die Deutschen Werke keine wirksamen Kontrollrechte gesichert haben, ist unangehörig.

Rumfroh: beantragte das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen eine Resolution, wonach der Reichstag dem zwischen den Deutschen Werken und Rhein abgehandelten Vertrage seine Billigung ausdrücken solle. Auch sollte die Reichsregierung auf eine Aufhebung des Vertrages hinwirken und die zulässigen Mittel anwenden, um in Zukunft den Abschluß ähnlicher für das Reich ungünstiger Verträge zu verhindern.

Das Reichs-Blatt die "Kreuzzeitung" teilt sich heute die Behauptung, der "Vorwärts" habe seine Spalten wiederholt dem "smariten Geschäftsmann" Roh zur Verfügung eingeräumt. Unseren Lesern brauchen wir nicht zu versichern, daß das nichts nützlicher Schwindel ist. Nicht eine Zeile haben wir dem Herrn Roh zur Verfügung gestellt, den wir gar nicht kennen, der uns auch gar nichts angeht. Wozu wir uns wandten, ist die großkapitalistische, vom Mauer-Rohoff-Blatt inszenierte Hebe gegen die Deutschen Werke A. G., die ein gemeinnütziges Werk sein soll und deshalb den großkapitalistischen Parteien ein Dorn im Auge ist. Unsere Stellung zum Rohvertrag und der Geschäftsabwicklung der Deutschen Werke selbst haben wir oft genug zum Ausdruck gebracht.

Kommunistischer Verschmelzungstag.

4. Tag.

Zu Beginn der heutigen (achten) Sitzung verliest der Vorsitzende Pieck zunächst einige nachträglich eingegangene Vorschlagsarbeiten, u. a. ein Schreiben der kommunistischen Partei Frankreichs, ferner Vorschläge der kommunistischen Partei Deutschlands, der norwegischen Arbeiterpartei, der sozialistischen Partei Jugoslawiens und der linkssozialistischen Partei der Schweiz. Hierzu wird das an Stelle eines Programms vorläufig aufgestellte "Manifest der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands" ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Gewerkschaft und Betriebsräte

referiert dann der Kommunist Heinrich Brandier. Der Referent steht in der Gewerkschaftsfrage heute insofern die wichtigste politische Frage, als sich die Gewerkschaften mit ihren 9 Millionen Mitgliedern nicht zuletzt gegen deren Willen zu Werkzeugen der Konterrevolution (K) also zu Passivposten der Revolution entwickelt haben. In längerer Ausführungen zeigt Referent, wie sich die Gewerkschaften aus ihren Anfängen bis zu ihrer heutigen Tendenz entwickelt haben. Er fährt dann fort: Heute sind wir in Rußland gekommen, die den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems deutlich zeigen. Auf Grund dieses Verfalls gibt es keinen anderen Ausweg, der Arbeiterklasse Lebenswerte Existenzmöglichkeiten zu schaffen, als daß die in den Gewerkschaften organisierten neun Millionen Proletarier den revolutionären Gedanken ganz in sich aufnehmen. Bei den Bestrebungen um die Bekämpfung der Lohnverhältnisse müssen die Kommunisten an der Spitze marschieren. Die Arbeitsgemeinschaften leben die kommunistische Partei ob, da sie nur dem Zweck dienen, die kapitalistischen Interessen zu führen. Aufgabe der Kommunisten ist es, in den Gewerkschaften den

Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften

aufzunehmen, ferner ist es Aufgabe der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften über das Problem der Betriebskontrolle hin und zu diskutieren. Der Referent verliest sich dann in Einzelheiten zur Frage des Kampfes um die Betriebskontrolle. In der wichtigsten Frage der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln und Kohlen verlangt der Referent ein Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten. Die Sozialisierung in ihrer heutigen Form lehnt der Referent als "eine auf die Spitze gezogene Arbeitsgemeinschaft" ab. Für die Betriebsräte, die den Zweck haben sollen, die gesamte proletarische Arbeitermasse zu erfassen und den Gewerkschaften anzuschließen, verlangt der Referent eine gewisse Selbständigkeit, um ihnen ein positives Arbeiten zu ermöglichen.

klasse von Herwig, der Pölnzklasse von Elbe Paterna, der Pölnzklasse von Oesterle und der Pölnzklasse von Helwig an der Spitze marschieren, während z. B. die Pölnz, die unter der Leitung von Gobau entstanden sind, wenig Eigenartiges, und die Pölnzklasse von Henker sowie die Klasse für Hauptarbeiten von Niggel Donner manden sollen sich bilden.

Die Hauptfrage ist der Totalstreik, den die Auslieferung aus Genes hinterläßt. Und dieser ist ein sehr unpopulärer. Man gewinnt die Überzeugung, daß hier unter Beherrschung der anerkannten Prinzipien des modernen Kunstgewerbes erst und später gearbeitet wird. Der Sinn für Materialbehandlung und das Verständnis für die Bedeutung dekorativer Elemente finden im allgemeinen eine sichere und seine Pflege. Vielleicht könnte bei den dekorativen Arbeiten noch etwas mehr Nachdruck auf Schlichtheit und kernige Ausdrucksweise in Linie und Farbe gelegt werden, denn dieses ist der Weg, der zu einem besondern deutschen Sinn führen wird. In partionistischer Einfachheit des Materials zwingt uns die Not der Zeit. Für dieses Material die passenden Hierarchien zu finden, ist Aufgabe der deutschen Kunstgewerbetät.

Die Ausstellung ist bis zum 18. Dezember, wochentags 11-2 und 8-6 Uhr, Sonntags 12-3 Uhr, geöffnet. J. S.

Kunstausstellungen

Reichsbühnenveranstaltungen. Vorstellungen von Heinrich und Julius Daxl kommen in einem Lokal am Donnerstag, 7. Uhr, in der Aula des Gymnasiums zum Steinen Roster durch Richard Ulrich und Rosa Daxl zum Vortrag. Einlaß 0,70 M. — Am IV. Kongress der Volksbühne, das am Sonntag, den 12. mittags 4, 12 Uhr, Sonntagabend, wird Franz Schuberts Sonate A-dur und der Lieberkreis "Die kleine Schwärzerin" geben.

Theater. In der Volksbühne wird in Abänderung des Spielplans am Freitag und am Samstag "Kohle und Liebe" um 7, 11 Uhr, "Der Hüter von Salomon" gegeben. — Am 8. Abnehmertheater findet die erstmalige Vorstellung von Max Jungnickels Märchenpiel "König der Dämmerländer" Sonntagabend, den 12. 8 Uhr statt. Der Gesamtertrag ist für die "Deutsche Kinderhilfe" bestimmt.

Musik. Donnerstag, 8 Uhr, im Dom Orgelkonzert (Waldmarch, in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche geistliche Lieder und Orgelwerke.

Kunstausstellung. In der Rundschau Kunstausstellung Walter Hermann Wandl am Donnerstag, den 9. u. 10. Dg., 11 Uhr, eine Führung ab. Anträge an die Geschäftsstelle im Landeskunstausstellungsgesellschaft (Roßb. 866). — Die Jungnietherländische Kunstausstellung wird im Kronprinzpalais am 9. eröffnet.

Die Ergebnisse der Reichsausschüsse hat das Reichsinstitut für Erziehung und Unterricht durch Fortkurse (unter Aufsichtung des Reichsausschusses) zusammenstellen lassen und im Verlag von Lucius u. Meyer in Leipzig veröffentlicht. Die Vermaltung des Schulwesens, sein Aufbau, die grundsätzlichen Erziehungs- und Unterrichtsfragen, wie die des Unterrichts, der Schulgestaltung, der staatlichen Aufsicht u. a. ferner die Fragen der Lehrer, der Schüler und Schulleitenden, sowie die der Eltern werden eingehend behandelt. Die Beiträge der Ausschüsse sind mit abgedruckt und erläutert.

Wettbewerbs für den Neubau der Landwirtschaflichen Hochschule in Barmen. Die fünf eingegangenen Entwürfe sind vom 12. bis 18. Dezember, von 10-1 Uhr, tagtäglich im großen Sitzungssaal des Preussischen Landwirtschaflichen Ministeriums, Berlin W 9, Eingang Königgrätzer Straße 123, ausgestellt.

Wirtschaft

Industrieller Kapitalbedarf.

Der November 1920 zeigt nach der Statistik der Bankfirma Stanger, Hoffmann u. Co. die höchste Emissionsziffer seit Beginn der Revolution. Die Gesamtbeanpruchung des Geldmarktes durch neue Aktien und Obligationen industrieller Gesellschaften beträgt nicht weniger als 1574 Mill. M. nominal. Unter Berücksichtigung der Emissionsaufzettel dürfte die Gesamtbeanspruchung noch erheblich größer gewesen sein. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Stammaktien	Bezugsaktien	Industrie-Obl.	Insges.	
nom. nom. nom. nom.				
4. Quartal 1919	1157	353	388	1898
1. " 1920	1848	170	859	2877
2. " 1920	2260	149	859	2768
3. " 1920	1163	284	681	2110
Oktober 1920	511	80	61	652
November 1920	1175	299	100	1574
	8181	1844	1921	11946

In den vierzehn Monaten, die die Statistik umfaßt, ergibt sich eine Kapitalaufnahme von 11 Milliarden 400 Millionen Mark allein durch die Aktiengesellschaften.

Neue Ausdehnung des Engelhardt-Konzerns. Ein der Hamburger Hofbräu A.-G. nachstehendes Konsortium hat unter Mitwirkung der Bank für Handel und Industrie, Aktive München, fast das gesamte Aktienkapital der Kloster Langthemer Hebräu und Bürgerbräu A.-G. übernommen.

Ein wichtiger Grund für die von den Großbrauereien betriebene Aufkaufspolitik ist vor allem die Frachtersparnis. Die Transportkosten sind bereits so hoch gestiegen, daß die Ersparnis bei der Biererzeugung im Großbetrieb aufgehoben werden. Es erweist sich als vorteilhafter, in auswärtigen Brauereien selbst zu brauen, statt sie inkubieren und das Bier aus der Zentrale an die auswärtigen Verbrauchsorte zu senden.

Eisen-Weberkaff in Frankreich. Etwa 200 000 Tonnen Kobalt liegen augenblicklich in Frankreich auf Vorrat, ohne Absatz zu finden. Eine weitere Preissteigerung steht mit Bestimmtheit bevor, zumal infolge Uneinigkeit zwischen den gemischten und den reinen Hüttenwerken (die auf der Basis eines Mindest-Tonnenpreises von 500 bis 550 Kronen) kaum geschlossene Konventionen zwischen den hauptsächlichen Kobaltenerzeugern Frankreich, Luxemburg und Belgien in die Wege gegangen.

Berliner Maschinenbau A.-G. vormals R. Schwarzkyff, Weberkaff von 5 407 880 M. (i. S. 2 400 000 M.), Dividende von 18 Proz. für die alten und 9 Proz. für die neuen Aktien (12 Proz.). In der Bilanz sind die Debitoren von 26,4 auf 29,8 Mill. M. angewachsen, die Kreditoren dagegen sind von 57,6 auf 56 Mill. M. zurückgegangen. Ueber die Buchführung wird folgendes gefaßt: Das Ausbringen unserer Verhältnisse war in den bisher abgelaufenen Monaten des neuen Geschäftsjahres ein gutes, wenn auch die Preise teilweise zu wünschen übrig lassen. Immerhin ist zu hoffen, daß, wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten und die Kohlen-, Material- und Arbeitsverhältnisse einem dem Referat entsprechenden hohen Jahresniveau ermächtigen werden, auch das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres ein befriedigendes werden wird. Alles weitere wird davon abhängen, ob die zurzeit im In- und Auslande bestehende Kaufkraft oder Kaufumöglichkeit in absehbarer Zeit ihr Ende erreichen wird und ob die außerpolitischen sowie die Finanz- und verkehrstechnischen Verhältnisse gestatten werden, weitere Auslandsgeleiste in größerem Umfange zum Abschluß zu bringen. Unsere Lastergesellschaft, die Raffei-Schwarzkyff-Werke G. m. b. H., befindet sich in stetiger, befriedigender Entwicklung.

Groß-Berlin

Die Tarifierhöhung für Elektrizität, Gas und Wasser.

Ein resultatloses Ende nahmen die Verhandlungen des Stadtverordneten-Ausschusses, der gestern unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenordnungsreferenten Jakobson zur Beratung der drei Magistratsvorlagen über die Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität zusammentrat. An den Beratungen nahm als Vertreter des Magistrats lediglich der Delegierte der Alt-Berliner Gaswerke, Stadtrat Rodenberger und Mitglieder der Werkdirektionen teil, aber weder der Stadtkämmerei noch der Hauptdezentrat für die gesamten städtischen Werke, Stadtkämmerer Horten, waren erschienen. Im Ausschuss wurde sowohl von bürgerlicher wie von sozialdemokratischer Seite dem lebhaften Widerspruch gegenüber Ausdruck gegeben, um so mehr, als der einzige Vertreter des Magistrats betonte, daß die Beschaffung der Vorlagen sehr eile, weil die Stabilisierung auf die mit den Tarifierhöhungen beschützigen Rohreinnahmen von Millionen unbedingt angewiesen sei. Die Vorlagen selbst wurden im Ausschuss von allen Seiten als durchaus mangelhaft und ungenügend begründet bezeichnet.

Besüglich der Erhöhung des Gaspreises auf 1,38 M. wurde mitgeteilt, daß anfänglich nur eine Erhöhung auf 1,30 M. für notwendig gehalten worden sei, der Magistrat wolle aber die 8 Pf. mehr zur Unterstützung der bedürftigen Gasverbraucher verwenden. Infolge der Verzögerung der Vorarbeiten sei es nicht mehr möglich, den erhöhten Gaspreis der Stadtaufnahme vom November zugrunde zu legen, sondern erst im Dezember, dadurch gingen der Stadt 5 bis 6 Millionen verloren. Wenn es nicht gelänge, den erhöhten Preis im Dezember durchzuführen, würden weitere 6 Millionen Mehrerinnahme verloren gehen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die städtischen Gaswerke in Neudamm und Lichtenberg bedeutend niedrigere Gaspreise und trotzdem höhere Erträge hätten als Alt-Berlin, weil sie anscheinend besser arbeiteten. Man müsse die Frage ernstlich prüfen, ob es möglich sei, den Berliner eine Erhöhung von nur 5 Pf. zugunsten, während die Neudammer 35 Pf. und die Lichtberger 50 Pf. mehr zahlen sollen. Das städtische Gaswerk Neudamm beschäftigt z. B. bei einer Tageserzeugung von 110 000 Kubikmeter Gas 300 Arbeiter, während das Berliner Werk Gitschiner Straße bei 130 000 Kubikmeter 1400 Arbeiter beschäftigt! Das seien doch Unterschiede, die zu denken geben.

Da der Ausschuss aus den empfangenen erwähnten Gründen sich kein Bild von den finanziellen Wirkungen der vorgeschlagenen Tarifierhöhungen machen konnte, wurden die Verhandlungen vertagt werden.

Weihnachtspaketverkehr.

Beden der noch zum Teil bestehenden Betriebsämterigkeiten, die sich für die Postverwaltung namentlich aus dem Mangel an Verbesserungsgegenständen ergeben, soll für kurze Zeit eine Beschränkung der Wertpapielpostversendung eintreten. Vom 18. bis einschließlich 24. Dezember werden die Postanstalten zur Beförderung unter Wertangabe von mehr als 500 M. von Privatpersonen nur solche Pakete annehmen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Wertpapiere von mehr als 500 M. mit anderem Inhalt müssen während der angegebenen Zeit von der

Postverwaltung unter der höheren Wertangabe aufgeschossen werden. Die Sperre erstreckt sich nicht auf Wertpapiere bis 500 M. sowie auf Versicherungen und dringende Pakete. Die glatte Handlung des Weihnachtspaketverkehrs kann durch Beachtung der Vorschriften, auf dem Paket den Namen und Wohnort nebst Wohnung des Absenders anzugeben und in das Paket oberauf eine Doppelaufschrift zu legen, wesentlich erleichtert werden.

Protestversammlung der Oberschlesier.

Am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, finden im Großen Berliner Hof, Burgstr. 24/25, und im Herrenhaussaal, Leipziger Straße 4, zwei große Protestversammlungen der Verbände heimattreuer Oberschlesier gegen die württembergische Bestimmung, daß die Abstimmung nicht in der Heimat, sondern im besetzten Gebiet stattfinden soll. Ant. Parlamentarier aller Parteien werden in diesen Versammlungen sprechen.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Westen der heimattreuen Oberschlesier hat an das württembergische Amt folgende Erklärung geschickt: „Wir legen entschieden Protest gegen die uns zugeordnete Bevormundung. Wir haben das Recht, zu verlangen, daß wir in der Heimat, in unserer Geburtsorten, unsere Stimme abgeben. Wir erwarten von den Männern, in deren Hände unser Schicksal gelegt ist, daß sie mit äußerster Entschiedenheit unser Recht wahren werden. Wir bitten diese Männer inständig, uns im Kampfe um unsere geliebte, teure Heimat nicht im Stich zu lassen.“

Direktionsteife in den Elektrizitätswerken.

Nachrichten zufolge haben die Direktoren Coning, Dr. Passavant, Schirp und Dr. Brühl, also die gesamte Leitung der Berliner städtischen Elektrizitätswerke, an den Bürgermeister Ritter einen Brief gerichtet, in dem erklärt wird, daß unter den obwährenden Umständen jede fruchtbringende Arbeit der Direktion der Elektrizitätswerke außerordentlich erschwert wird. In dem Briefe wird weiter zum Ausdruck gebracht, daß mit einem Rücktritt der Direktion zu rechnen ist, wenn der Magistrat die Leitung der Elektrizitätswerke nicht gegen die Angriffe der Stadtverordnetenversammlung schützen könne.

Der Entschluß der Direktoren hängt wohl mit der Entlassung der 83 Arbeiter zusammen, deren Einstellung die letzte Stadtverordnetenversammlung gefordert hätte. Stimmt der Magistrat in seiner morgen anberaumten Sitzung der Wiedereinstellung zu, so dürfte der Rücktritt der Direktion erfolgen.

Bureauarbeiten für den Arbeitsnachweis.

Der Neubauer Arbeitsnachweis für männliche Personen ist entgegen dem damaligen Beschlusse hinsichtlich seiner Verlegung zurzeit noch in der Turnhalle Radowitzerstraße untergebracht. Schon lange hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Turnhalle ihrem eigentlichen Zweck wieder zurückzuführen. Demgemäß wird jetzt eine Parade hinter dem sogenannten „Steinplatz“ zwischen Mittelweg, Thomasstraße und der projektierten Straße 22a aufgestellt. Die Baukosten sind mit rund 200 000 M. veranschlagt. Näheres über die Verlegung des Arbeitsnachweises usw. wird noch mitgeteilt.

Eine öffentliche Frauenspendenversammlung findet am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Charlottenburger Schulaula Anzeigebstr. 24, am Savignypfad, statt. Hausangestellte werden hierzu besonders eingeladen. Tagesordnung: Die Gefahren der Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung. Referenten: Frau Dr. med. Turnau, Frau Reichstagsabgeordnete Marie Buchner. Bezirksbauaufsicht für Arbeiterwohlfahrt Berlin.

Schleichenhandel in gemeinnützigem Interesse. Kürzlich berichteten wir von einer Gerichtsverhandlung, in der ein wegen Schleichenhandels angeklagter Buchhalter der Gasbetriebsgesellschaft angeklagt hatte, daß drei Gelegenheiten unter Strafanzeige die Unterbrechung des Schleichenhandels gefordert hätten.

Zu dieser Angelegenheit nahm eine Verfassungskammerberatsammlung aus allen Bezirken der Bezirksgesellschaft Stellung und beschloß einstimmig folgende Resolution:

„Das Zeitungsbüreau hat der Buchhalter Klumpp vor Gericht erklärt: Die Arbeiterschaft der Gasbetriebsgesellschaft hätte mit dem Streik gedroht, falls er keine Schleichenhandelswaren beschaffen möchte. Die Arbeiterschaft der Gasbetriebsgesellschaft weist diese Unterstellung als eine grobe Unwahrheit ganz entschieden zurück und verbittet sich in Zukunft derartige Verleumdungen.“

Das Gericht sprach bekanntlich den Angeklagten auf Grund seiner Audienz, gegen die sich jetzt die Arbeiterschaft entschieden wendet, frei, weil es annahm, der Angeklagte habe in gemeinnützigem Interesse gehandelt.

Der Friedenskund und Kriegsteilnehmer veranstaltet am Freitag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, anlässlich des Jahresrückblickes gegen die Warburger Studenten in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realschulsaals Neudamm, Kaiser-Friedrich-Straße, eine öffentliche Kundgebung. Referent: Hennings, Dabertadt, referiert über: „Die Tragödie von Rechtersühl“, Karl Veiter über: „Die Höhe von Meisel und Pascha“. Eintritt frei.

Wintererwerbungs-Groß-Berlin. Ortsgruppe Schöneberg. Hauptversammlung am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, in der Gaumnischule, Barbarenpfad.

Schauspielhaus Neudamm. Als Abschluß der diesjährigen Theater-Vorstellungen in der „Neuen Welt“ wird das Volkshilfungsamt Neudamm auf vielseitigen Wunsch eine Wiederholung des Lustspiels von Otto Ernst Bachmann als „Erzieher“ bringen. Eintrittskarten zum Preise von 3 M. sind bei den durch Säulenmusik bekanntgegebenen Verkaufsstellen, im Bureau des Volkshilfungsamtes, Zimmer 218 des Rathauses Neudamm, und, soweit vorhanden, an der Abendkasse erhältlich.

Groß-Berliner Parteinrichten.

Heute, 7. Dezember:

Jungsozialistische Vereinigung (J.S.V.). Ortsgruppe Lichtberg: 7 1/2 Uhr, der Eulentisch, Eulentisch 42. Mitglieder-Versammlung. — Ortsgruppe Tempelhofer: 7 1/2 Uhr, Sileser-Sängerheim, Sileser- oder Kaiser-Wilhelm-Straße. Vortrag: Gäste willkommen.

Morgen, 8. Dezember:

18. Abt. Abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Schulaula, Prenauer Straße. Tagesordnung: Kuba der Polizei und die Stellung der Partei. Referent: Hanshe Hartmann. Die Aulakette ist geöffnet. — Abends 8 1/2 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre bei Kredit, Prenauer- oder Brauerer Straße.

28. Abt. Mitglieder-Versammlung 10 1/2 Uhr. Wahlkreis Tiergarten. Die für den 18. Dezember vorgesehene Wahl der Kreisvertreter ist in der nächsten Parteiverammlung am Mittwoch, den 8. Dezember, vorzunehmen.

31. Abt., Bez. 7, Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, Jahrestag der Gruppen 1, 2 u. 11 in den bekannten Lokalen. Es werden in allen drei Gruppen Redele gehalten.

Schöneberg-Friedenau. 77. Abt. (früher 1.—4. Abt.) 7 1/2 Uhr, Jahrestag in folgenden Lokalen: Mitte, Rosenstraße, 16, Holzer, Anzeigebstr. 16, Eht, Maximilian-Str. 69, Mitte, Wundbergstr. 7, Westend, Martin-Luther-Str. 78. Referenten bei Gesängen: Rasmittel, B. Rufen, Justizrat Gottschalk, B. Rufen, Prof. Dr. Hoyer.

Friedenau. 81. Abt. Jahrestag 7 1/2 Uhr. Der 1., 2. u. 8. Bezirk lagern gemeinsam bei Ulrich, Gendarmenstr. 86, Gen. Rasmittel spricht über „Betriebsämter“; der 4. u. 5. Bezirk bei Gernig, Kettlerstr. 12, Referent Gen. Hoffmann über „Politische Tagesfragen“; der 6. Bezirk bei Rahn, Gendarmenstr. 3, Gen. Gernig spricht ebenfalls über „Politische Tagesfragen“.

Friedrichshagen. 74. Abt. im Lokal von Scholz, Friedrichstr. 81: Mitglieder-Versammlung und Jahrestag. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Wiese: „Das Genossenschaftsproblem in der neuen Republik“.

110. Abt. Grünau. Mitglieder-Versammlung 7 1/2 Uhr im Lokal von Werner, Schöneberg-Str. 108b. Wichtige Tagesordnung.

131. Abt. Niederschönewitz. Jahrestag in den bekannten Lokalitäten. Tagesordnung: Bezirks-, Kreis- und Landtagswahlfragen.

Tegel. 74. Abt. Jahrestag in der Schulaula, Fiedlerstr. Bericht aus der Bezirksvertretung und der Stadtverordnetenversammlung.

